

# Übergangslösung für Sozialarbeiter

**Bremen (uli).** Der Senat finanziert die Stellen von 30 Schulsozialarbeitern in Bremen vorerst bis zum Schuljahresende weiter. Damit gehen 16 der ursprünglich 46 Beschäftigten leer aus. Bis Ende 2013 werden die Stellen noch aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes vom Bund bezahlt. Nach der Bundestagswahl will Bremen erneut mit dem Bund über eine weitere Finanzierung verhandeln.

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Schulsozialarbeit (LAG) und die Linken-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft äußerten sich kritisch zu der Befristung. „Wir brauchen klare, eindeutige Beschäftigungsverhältnisse ohne Befristung“, sagte Jens Singer, Sprecher der LAG. Kristina Vogt, Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Bremer Linken, bemängelt, dass die Zusagen sehr kurzfristig gekommen seien. Der Senat habe „auf Zeit gespielt, wohlwissend, dass sich einige der Schulsozialarbeiter auf andere Stellen bewerben.“ Die verbleibenden 30 Beschäftigten seien zu wenig, um dem Anspruch nach einer ganztägigen Betreuung von Schulkindern gerecht zu werden. Die Frage sei, was mit den Schulen passiere, die ihre Sozialarbeiter bereits verloren haben, und ob die verbleibenden Beschäftigten nun an mehreren Schulen eingesetzt werden müssten.